

Aus dem Inhalt

Aktivitäten des Vorsitzenden in der Corona-Krise

Interview mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden des NRW-Landtags, Christof Rasche, MdL

I – Aktivitäten des Vorsitzenden in der Corona-Krise

Der Vorsitzende des Verbandes Freier Berufe im Land Nordrhein-Westfalen, Herr Zimmer, hat in den letzten Wochen in regelmäßig terminierten Telefonkonferenzen mit den Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen die für die Freiberufler im Land wichtige Themen besprochen. Herr Zimmer hat diese Themen auch in Besprechungen mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingebracht. In diesen Telefonkonferenzen wurden die Interessen und die wichtigsten Forderungen der Freien Berufe besprochen, z.B. erweiterte Einbeziehung der Freien Berufe unter Schutzschirme des Landes, ärztlich begleitetes Wiederanfahren der Wirtschaft, Wiederaufnahme von ärztlichen Eingriffen, Systemrelevanz von Mitarbeitern der Freien Berufe und Testverfahren in Alten- und Pflegeheimen, vollmachtlose Vertretung.

Erweiterte Einbeziehung der Freien Berufe unter Schutzschirme des Landes NRW

Die Abrechnungsmodalitäten vieler Freiberufler

bringen es mit sich, dass sich Zahlungsrückgänge und Zahlungsausfälle erst nach ca. einem Quartal in den Buchhaltungen zeigen. Damit können korrekte Angaben zur sofortigen Inanspruchnahme von Fördergeldern des Landes nicht gemacht werden. Da dieses Problem durchgängig alle Freiberufler im Land NRW betrifft, hat der Vorsitzende diesen Notstand bei den wichtigen Akteuren im Landtag und in der Landesregierung platziert. Landtag und Landesregierung haben zugesagt, eine Lösung zu finden.

Ärztlich begleiteter Exitansatz

Bei der Unterstützung der Landes- und der Bundesregierung für eine einheitliche Lösung für eine EXIT-Strategie aus der Coronakrise hat der Landesverband der Freien Berufe in NRW in Abstimmung mit der Ärztekammer den Vorschlag unterbreitet, Arbeitsmediziner und Werksärzte/Betriebsärzte in die zu erarbeitenden Hygienekonzepte einzubeziehen. Dieser Vorschlag ist vom BFB aufgegriffen und bei der Bundesregierung eingebracht worden.

Wiederaufnahme von ärztlichen Eingriffen

Herr Zimmer hat in seinen Gesprächen darauf hingewiesen, dass im Interesse der Patienten der Rückgang von Operationen und von ärztlichen Heilmaßnahmen durch geeignete Maßnahmen beseitigt werden sollte. Es habe sich in den letzten Zeiten ein regelrechter Behandlungsstau ergeben, der jetzt durch geeignete Maßnahmen abgebaut werden solle. Damit könne eine Vielzahl planbarer, gleichwohl zeitnah notwendiger Eingriffe/Therapien vor einer eventuellen neuen Coronawelle ab der 23.KW abgearbeitet werden.

Systemrelevanz von Mitarbeitern

In seinen Gesprächen hat der Vorsitzende des Verbandes Freier Berufe viel Zustimmung mit seinem Vorschlag erfahren, nicht nur die als systemrelevant eingestuften Freiberufler, sondern auch die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als systemrelevant anzuerkennen. Die jeweilige Praxis oder Kanzlei ist auf die Mitarbeit ihres qualifizierten Personals zur Bewältigung aller Aufgaben angewiesen. Es macht daher keinen Sinn, nur die Freiberufler selber als systemrelevant einzustufen,

seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber nicht.

Testverfahren in Alten- und Pflegeheimen

Zu den vulnerablen Gruppen durch den Corona-Virus zählen die in den Alten- und Pflegeheimen lebenden Menschen. Der Vorsitzende des VfB NW weist regelmäßig darauf hin, dass die Zahl der infizierten Pflegerinnen und Pfleger in diesen Heimen höher ist als die Anzahl der infizierten Heimbewohner. Aus diesem Grund sei es dringend notwendig, regelmäßig in den Heimen zu testen.

II – Interview mit dem Vorsitzenden der NRW-Landtagsfraktion der Freien Demokratischen Partei, Herrn Christof Rasche, MdL.

Im Zuge der Coronakrise stehen Christof Rasche, Fraktionsvorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW, und Bernd Zimmer in regelmäßigem Telefonaustausch. Hieraus hat sich am 07.05.2020 folgendes Gespräch über die Aktivitäten der vergangenen Wochen ergeben:

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Herr Rasche, lassen Sie mich vorab herzlich für

den Einsatz danken, den Sie gerade in dieser besonderen Situation für uns Freiberufler immer wieder an den Tag legen. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass Sie uns in recht kurzen Abständen Gelegenheit zu dem Austausch mit Ihnen geben.

Christof Rasche: Vielen Dank für Ihre freundlichen Worte, lieber Herr Zimmer. Sie dürfen davon ausgehen, dass mir die derzeitigen Sorgen und Nöte in den freien Berufen sehr wohl bewusst sind und dass wir um Lösungen für die vielen Problemen bemüht sind. Die FDP sieht in den Freien Berufe natürliche Partner.

Herr Rasche, die Bedrohung durch das Corona-Virus mit den hohen Infektionszahlen hat den Landtag dazu veranlasst, ein „Epidemie“-Gesetz zu verabschieden. In seiner Wirkung kommt es zu erheblichen Einschränkungen unserer Freiheiten. Was ist denn der wesentliche Kern des Gesetzes?

Christof Rasche: Mit diesem Gesetz erhält die Landesregierung erhebliche, aber notwendige Befugnisse bei „einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite“ zu handeln. Und es wurde gleichzeitig

festgestellt, dass eine solche Lage vorliegt, die Landesregierung also bestimmte Maßnahmen anordnen kann. Wir Freie Demokraten werden darauf achten, dass diese Einschränkungen auf das zwingend notwendige Maß beschränkt und stetig überprüft werden.

Für viele Menschen ist nicht klar, welche Maßnahmen jetzt ergriffen werden dürfen und wie weit sie eventuell reichen. Hat die Regierung mit dem Gesetz nicht viel zu große Vollmachten erhalten?

Christof Rasche: Diese Befürchtung ist uns bekannt und wird sehr ernst genommen. Deshalb steht das Handeln der Regierung auch in der Pandemie unter Parlamentsvorbehalt. Der Landtag hat zudem eine Befristung der festgestellten epidemischen Lage auf zwei Monate beschlossen. Danach muss die Landesregierung den aktuellen Sachstand darlegen. Im Lichte dieser Erkenntnisse wird im Parlament entschieden, ob der Handlungsspielraum bleibt und die epidemische Lage verlängert wird. Die Landesregierung handelt vorbildlich, Eingriffe in unser aller Grundrechte sind so gering, wie es zu verantworten ist: Abstandsgebote,

Hygienevorschriften und passgenaue Lösungen. Die Eingriffe in das Grundrecht der freien Berufswahl und –ausübung, Artikel 12 GG, haben wir im parlamentarischen Verfahren aus der Gesetzesvorlage gestrichen.

Innerhalb der Freien Berufe werden sich die Maßnahmen stark auswirken. Viele unserer Mitglieder waren sehr aufgebracht über die geplante Dienstverpflichtung von medizinischem Personal. Wie konnten Sie dieses Problem lösen?

Christof Rasche: Nordrhein-Westfalen hat sich große Sorgen gemacht, dass die Entwicklung der Infektionen unser Gesundheitssystem überfordern könnte und unsere Krankenhäuser an den Rand ihrer Kapazitäten kommen könnten. Das wollten alle verantwortlichen Akteure in Regierung und Parlament verhindern. In intensiven Beratungen im Landtag haben wir gemeinsam einen Konsens erarbeitet, durch den die Verpflichtung medizinischen Personals vom Tisch ist und nunmehr durch ein Freiwilligenregister ersetzt wird. Viele Ärztinnen und Ärzte haben sich bereits freiwillig gemeldet. Das ist ein gutes Signal. Darüber hinaus

haben sich die Infektionszahlen ja glücklicherweise sinkend entwickelt und die Lage hat sich zunächst deutlich entspannt.

Wir haben aufmerksam registriert, dass Sie gerade bei diesem Thema mit vielen Gesprächen und großer Überzeugungsarbeit für unsere Belange gestritten haben. Lag es Ihnen besonders am Herzen?

Christof Rasche: Die Freien Demokraten achten darauf, dass die Bürgerrechte auch in Krisen gelten. Gerade das medizinische Personal hat vom ersten Augenblick an ein überaus hohes Maß an Einsatzbereitschaft gezeigt. Das Freiwilligenregister ist daher der bessere Weg. Mir war auch wichtig, dass die Wertschätzung für diejenigen, die beinahe Übermenschliches leisten in der Krise, sich in dem Gesetz ausdrückt.

Ist der gefundene Konsens vielleicht nur ein „fauler“ Kompromiss, wie manche Kritiker sagen?

Christof Rasche: Nein, im Gegenteil. Das Pandemiegesetz hat gezeigt, dass das Parlament in der Krise handlungsfähig ist und dass die Zusammenarbeit innerhalb der NRW-Koalition hervorragend

funktioniert. Kaum ein komplexes Gesetz verlässt den Landtag so, wie es hineinkommt.

Bei der Diskussion um die Ausdehnung der Systemrelevanz auch auf Steuerberater/ Wirtschaftsprüfer und Notare standen Sie sofort wieder an unserer Seite.

Christof Rasche: Für die FDP ist der Dialog mit Gewerkschaften, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Institutionen – sprich Betroffenen – enorm wichtig. Wir freuen uns natürlich, wenn dieser Dialog positiv wahrgenommen wird.

Und wie haben Sie in diesem Zusammenhang die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeschätzt, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung?

Christof Rasche: Unser Familienminister Joachim Stamp hat bei Fragen der Notbetreuung Enormes geleistet, damit die Betreuung von Kindern gesichert ist, deren Eltern in Schlüsselberufen tätig sind. Mit der schrittweisen Öffnung von Betreuungsangeboten wird es für viele Familien wieder einfacher, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Vor allem ist es aber auch für die Kinder

ein wichtiger Schritt wieder mit Gleichaltrigen Kontakt zu haben.

Bei den finanziellen Hilfen der öffentlichen Hand in dieser Notsituation, in der viele Anträge in Windeseile zu bearbeiten waren, ist es zu einer ganzen Anzahl, auch erfolgreichen, Betrugsversuchen mit den Formularen gekommen. Trifft das auch für unsere Freien Berufe zu?

Christof Rasche: Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart hat mit der NRW-Soforthilfe bundesweit Maßstäbe gesetzt. Es wurde unbürokratisch und schnell geholfen. Damit haben wir Existenzen gesichert. Allerdings haben Betrüger versucht, Kapital aus der schnellen Hilfe zu schlagen. Gegen derartiges kriminelles Vorgehen, gibt es keinen absoluten Schutz. Nach aktuellen Erkenntnissen ist der Betrug aber nur in ganz wenigen Fällen gelungen. Und es wurden zusätzliche Sicherheitsmechanismen in das Verfahren eingebaut.

Herr Rasche, auch über den 31.05.2020 als Stichtag hinaus werden die Freien Berufe um Ihre Hilfe verlegen sein. Bei den Bau-Ingenieuren und Architekten verschiebt sich das Problem durch derzeit noch vorlie-

gende Aufträge. Weil aber die öffentlichen Hände ihre Investitionen zunächst einmal zurückstellen, wird die „Auftragslücke“ zwangsläufig noch auf dem Fuße folgen. Und bei den Heilberufen gibt es besondere Abrechnungssusancen, so dass auch dort das Problem erst in der zweiten Jahreshälfte voll durchschlägt.

Christof Rasche: Es ist gut, dass Sie auch diese Problemfelder in aller Deutlichkeit ansprechen. Der Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und allen Teilen der Gesellschaft ist elementar wichtig und wir wollen ihn gerne fortsetzen.

Nun erfahren wir in den nächsten Tagen große Lockerungen. Auch wenn der Weg in die Normalität ein weiter ist, eröffnen sich hierdurch Möglichkeiten das Aufgeschobene anzugehen. Ich denke da beispielsweise an die vielen Operationen und Endoskopien, die richtigerweise zunächst zurückgestellt wurden.

Christof Rasche: Möglichkeiten und Zeitfenster, die sich angesichts der momentan geringeren Infektionszahlen ergeben, sollte man nutzen und Behandlungen nachholen, die wegen Corona aufgeschoben wurden. Letztlich müssen

das aber Mediziner entscheiden. Ich bin überzeugt, dass da verantwortungsvolle Entscheidungen im Sinne der Patienten getroffen werden.

Das sehe ich genauso, Herr Rasche. Haben Sie herzlichen Dank! Gestatten Sie zum Abschluss noch eine Frage in eigener Sache. Wie sehen Sie den Verband der Freien Berufe?

Wir spüren immer wieder den intensiven Einsatz des VFB für seine vielfältigen Mitgliedsorganisationen und das Gemeinwohl, und wir nehmen Sie wahr als die starke Stimme der Freien Berufe in NRW. Lassen Sie nicht nach in Ihrem konstruktiven Wirken. Alles Gute, und bleiben Sie gesund!